Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Im Falle von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

… mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst" … „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., ausschließlich 46 Pf. … Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 … Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 … und 13 …. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M., für auswärtige Anzeigen … Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche … Proz. Rabatt. Für Briefwechsel 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 36 | Dresden, Donnerstag, den 12. Februar 1931 | 42. Jahrgang

Der Schimpfschein

Wie sie sich die Immunität dachten!

…f die Immunität der Reichstagsabgeordneten ein… und für gewisse Fälle aufgehoben wurde, schreien … über „Verfassungsverletzung". Der ganze Parla… macht ihnen keinen Spaß mehr. Welches Küpel… mit der Immunität zu treiben gedachten, … einige Beispiele aus der nationalsozialistischen Presse. Der Völkische Beobachter … am 21. Mai 1928:

„… ist verrauscht … Wir Berliner Nationalsozialisten … deshalb aber beileibe nicht auf die faule … ist geschlagen — nun heißt es nachhauen. … und Pläne darüber, wie wir auch im … ordentlich aufmöbeln wollen. Aber … Ueberrumpelung ist der halbe Er… uns keine große Freude erleben — … Streiter immun sind. Heißa, …"

…bbels wird im Angriff vom 28. Mai 1928 …; er triumphiert:

„… im gewöhnlichen Leben nennt man das M. d. R., … Ich bin kein Mitglied des Reichstags, … ein Inhaber der Immunität, ein Inhaber der … Ein I. d. I. ist ein Mensch, der zuweilen selbst … Republik die Wahrheit sagen kann. Er … von gewöhnlichen Sterblichen dadurch, daß er … Er hat die Erlaubnis, einen Misthaufen Mist… zu nennen und braucht sich nicht mit der Umschreibung … er darf einen mit Namen Bernhard … nennen, und wenn er nicht so heißt, sondern nur so aussehen … weitere Beschimpfungen Stresemanns und … I. d. I. präsentieren sich devotest den M. d. R. — Ihr werdet noch manchen Spaß mit uns haben, laßt das Theater nur erst anfangen!"

Und der Westdeutsche Beobachter jubelt am 11. November 1928, die Waffe der Immunität müsse vor allem für die Presse verwandt werden, das heißt: Abgeordnete müßten verantwortlich zeichnen. Es war die höchste Zeit, diesen Schimpfschein der Abgeordneten ein wenig zu revidieren. Immerhin geht der Reichstag noch lange nicht so gegen die Immunität vor, wie es die Nazis möchten, wenn sie die Macht hätten. Der Nationalsozialist Alfred Rosenberg verlangt auf Seite 37 seines offiziellen Kommentars zum Programm seiner Partei:

„Die Immunität der Angehörigen des Parlaments ist selbstverständlich abzuschaffen", weil nämlich „unter dem Schutz der unsittlichen Immunität" … „sich ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen des deutschen Volkes erlauben darf."

Na also, was schreit ihr denn? Diesen „frechsten Anpöbelungen" soll eben jetzt ein Riegel vorgeschoben werden, wobei sich die Nazis immer noch gestatten können, auf eigene Verantwortung zu beschimpfen. Wir nennen z. B. Herrn Rosenberg einen Mann, dem nachgesagt wird, daß er während des Krieges gegen Deutschland gearbeitet habe. Wir nennen Goebbels einen Erzlügner, der behauptet hat, für Hindenburg in belgischen Gefängnissen mißhandelt worden zu sein, und bis heute niemand sagen konnte, wo das gewesen sein soll. Wir nennen Herrn Frick einen Kriegsdrückeberger und Nazi-Sprenger einen abgefeimten Oberdiätenschlucker!

Ihr seht, liebe Nazis, wenn die Sache stimmt, geht's auch ohne Immunität.

* * *

Die planlose Flucht

Eine unüberlegte Aktion — Die Nazifraktion „wartet ab" …

Von zuverlässiger Seite erfährt der Soz. Pressedienst über die weiteren parlamentarischen Pläne der Hitler-Fraktion folgendes:

In der bürgerlichen Presse ist der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag teils als eine von langer Hand vorbereitete, teils als eine auf Befehl „von oben her" … dargestellt worden; übereinstimmend war und ist … die Meinung (und man kargt nicht mit angeblich vertraulichem Material für diese These), daß der Exodus der … ein bewußt durchgeführtes politisches Manöver zu …

… lagen die Dinge wesentlich anders und — gesehen … der Fraktionsmehrheit — viel unpolitischer: es … keineswegs um einen sorgfältig eingeleiteten und … in seinen Wirkungen abgewogenen Vorstoß, … frontale Reaktion gegen die Ver… der Geschäftsordnung des Reichstages — … um mit Dr. Goebbels zu sprechen) um eine … Attacke, von der jetzt allerdings

nur noch der Katzenjammer übriggeblieben ist.

Am …abend des 10. Februar, noch während der Nacht… Sitzung des Reichstages wußte niemand in … außer einer kleinen Gruppe, was bevorstand. Hitler … seit einigen Tagen von den politischen Ge… zurückgezogen, um mit einem Stabe von Künstlern in der Abgeschlossenheit seiner Villa in Berchtesgaden die Entwürfe für die Ausgestaltung des Parteipalais in München zu bearbeiten.

Der Beschluß zum Auszug der Fraktion erfolgte in den Vormittagsstunden des 10. Februar auf Antrag der Minderheitsgruppe der Hitler-Partei — jener Gruppe, die dem „legalen" Kurs schon immer ablehnend gegenüberstand und seit langem auf die passende Gelegenheit lauerte, um endlich „klare Verhältnisse" zu schaffen. Diesen Zeitpunkt erachtete man jetzt, nachdem die nationalsozialistische Sabotage der Parlamentsarbeit von der Reichstagsmehrheit niedergekämpft worden war, für gekommen. — Unmittelbar vor der Plenarsitzung fand eine Konferenz der Hitler-Fraktion statt, bei der unter ausschließlicher Betonung propagandistischer Gesichtspunkte beantragt und (für die Minderheit überraschenderweise!) einstimmig beschlossen wurde, daß die Fraktion sich aus dem Reichstag zurückzieht.

Hitler selbst wurde erst in den Abendstunden des 10. Februar telephonisch über das Vorgefallene unterrichtet. Er erklärte — nachdem „vollendete Tatsachen nun einmal vorlagen" — nachträglich seine Zustimmung zu der „ausgezeichneten propagandistischen Idee", machte jedoch die schwersten Bedenken geltend dagegen, daß der Reichstagsabgeordnete Stöhr sein Amt als Vizepräsident des Reichstags niedergelegt hatte und die nationalsozialistischen Schriftführer zurückgetreten waren. — Das an ihn gerichtete Ersuchen der Fraktion, sofort nach Berlin zu kommen, lehnte Hitler ab mit dem Hinweis auf seine „intensive Inanspruchnahme durch die unaufschiebbare künstlerische Gestaltung des Parteiheims". Er ist unabkömmlich, wie noch immer zuvor, wenn es galt, Verantwortung zu tragen. — Ueber die weiteren Absichten der Nazis ist vorläufig nur das eine zu sagen,

daß die Fraktion zunächst abwarten will, was die Parlamentsmehrheit unternimmt.

Zur Zeit sind die juristischen Kapazitäten der Partei mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob der Rücktritt von Stöhr und der nationalsozialistischen Schriftführer mit Erfolg widerrufen werden kann.

Der in einem Berliner Mittagsblatt gemeldete Plan eines nach Weimar zu berufenden „Rumpfparlaments" der Opposition ist im Laufe des Mittwochvormittags von maßgebenden Nazis wohl erörtert, keineswegs aber beschlossen worden. Selbst aus den Kreisen der Fraktion wurden erhebliche Bedenken gegen ein solches Vorhaben geltend gemacht.

Es wird überhaupt für die Fraktion sehr schwer, wenn nicht beinahe unmöglich sein, zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen: die schwebenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen sind alles andere eher als freundschaftlich und lassen wenig Hoffnung übrig für ein Fruchtbarwerden der Hugenberg-Fraktion an der Seite der Nationalsozialisten. Dazu mehren sich die Spannungen zwischen der nationalsozialistischen Fraktionsmehrheit und der „illegalen" Gruppe, die glaubt, trotz ihrer zahlenmäßigen und organisatorischen Unterlegenheit einen bedeutenden innerparteilichen Erfolg über die „Legalen" errungen zu haben.

Auszug der Helden

…: der letzte nimmt den Saalschlüssel mit, … wir wieder reinkommen, wenn es Diäten gibt!"

Drosselung des Wohnungsbaues

Wirtschaftlicher Widersinn

H. F. Der ganze Widersinn des kapitalistischen Wirtschaftssystems tritt besonders kraß auf dem Gebiete der Wohnungspolitik in Erscheinung. Kleinwohnungen für die Massen werden bitter nötig gebraucht. Das Wohnungselend ist erschreckend groß, weil passende Wohnungen fehlen. Nie zuvor war der Mangel daran so stark! Alle hygienischen, sanitären und sozialen Vorschriften der Vorkriegszeit sind über den Haufen geworfen. Unzählige Familien müssen in Kellern, Bodenräumen, Baracken oder alten Eisenbahnwagen „wohnen". Wirkliche Wohnungskultur können sich weite Kreise nicht leisten. Der Bau von Kleinwohnungen mit einer Miete, die für den Arbeiter erschwinglich ist, ist also dringend nötig! An Baumaterial fehlt es nicht. Arbeitskräfte sind mehr als genügend vorhanden. Das Heer der Erwerbslosen wird besonders von Bauarbeitern und -handwerkern stark vermehrt. Für die Unterstützungen, die ihnen gezahlt werden muß, könnten im Reich sehr viele Wohnhäuser gebaut werden.

Aber es fehlt an Geld! Alles andere ist im Ueberfluß da. Das „andere" ist jedoch die Hauptsache. Mit Geld kann man nicht Häuser bauen. Dazu werden menschliche und maschinelle Arbeitskräfte, Holz, Steine und was sonst gebraucht. Die privatkapitalistische Rolle des Geldes tritt hier in ihrer ganzen Sinnwidrigkeit zutage. — Eine Maßnahme der Reichsregierung vom Sommer 1930 wirkte sich verhängnisvoll aus. Danach wurden die sozialen Versicherungsträger zugunsten der Reichsfinanzen mit 165 Millionen Mark belastet, was einer Zwangsanleihe sehr gleichkommt. Davon entfällt auf die Landesversicherungsanstalt Sachsen der Betrag von 1¼ Million Mark pro Monat! Diese Summe wurde dem Wohnungsbau, speziell dem Bau von Kleinwohnungen, entzogen, dem sie sonst zugute käme. Es hätten damit nach den geltenden Beleihungsvorschriften monatlich etwa 400 Wohnungen bezuschußt werden können. Auf ein Jahr berechnet ergibt sich, daß 5000 Wohnungen auf Grund der Maßnahme der Reichsregierung der Beleihung entzogen sind, deshalb nicht gebaut werden können. Wenn man bedenkt, daß in Sachsen ungefähr zwei Drittel aller Kleinwohnungen mit finanzieller Hilfe der Landesversicherungsanstalt gebaut wurden, so kann man die einschneidende Wirkung des Vorgehens der Reichsregierung ohne weiteres erkennen.

Diese Hilfe fiel nun weg. Die Landesversicherungsanstalt mußte infolge der Inanspruchnahme ihrer Mittel durch das Reich die Beleihung des Wohnungsbaues völlig einstellen! Dadurch ist die endgültige Finanzierung mit ersten Hypotheken für Kleinwohnungen stark in Frage gestellt, sonstige Möglichkeiten sind sehr gering. Die Wohnungsbauten im Jahre 1929 waren zunächst mit Mietzinssteuerhypotheken finanziert. Sie wurden in der Annahme begonnen, daß die Landesversicherungsanstalt, wie bisher, die ersten Hypotheken übernehmen wird. Den verhängnisvollen Beschluß der Reichsregierung konnte niemand voraussahnen. Und es scheint, daß man sich um seine Folgen nicht gekümmert hat, ehe man ihn faßte. Wie die gemeinnützigen Bauvereinigungen mitteilen, konnte ein großer Teil der geplanten Bauten bei der eingetretenen Unsicherheit der finanziellen Lage überhaupt nicht begonnen werden. Die Folge:

eine große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe!

Mehr Beschäftigung in dieser Industrie würde besonders im jetzigen Winter infolge des milden Wetters eine merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich gebracht haben. Und viele Menschen wären bald zu einer einigermaßen ordentlichen Wohnung gekommen. Die Zahl der unerledigten Baugenehmigungen in Sachsen hat sich letzten Sommer im Vergleich mit dem Vorjahre um 10 bis 15 Prozent erhöht. (!)

Noch bedenklicher gestaltete sich die Lage für solche Wohnhäuser, die sich bereits im Bau befanden. Die erforderlichen Zwischenkredite sind nur gegen Vorlegung fester Zusagen für erste Hypotheken zu erlangen. Da sie infolge Entfaltung der Landesversicherungsanstalt schwer zu haben waren, mußte ein großer Teil der Kleinwohnungsbauten stillgelegt werden! — Maßnahmen, die der Reichstag beschlossen hat, können sich erst später auswirken vorausgesetzt, daß man sie überhaupt durchführt. Der Reichsrat macht Sprünge, weil es manchen Ländern nicht in den Kram paßt. So hatte die Mehrheit des Reichstags

Schlägerei in Leipzig

Sechs Schwerverletzte

wtb. Leipzig, 12. Februar. Zu schweren Zusammenstößen kam es gestern abend nach Schluß einer der drei nationalsozialistischen Kundgebungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Als den Kommunisten in einer der Versammlungen das Wort verweigert wurde, entstand eine Schlägerei, bei der drei junge Leute schwere Kopfverletzungen davontrugen und dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Nach Wiederherstellung der Ruhe zogen die Nationalsozialisten in geschlossenem Zuge ab. Trotz dem polizeilichen Schutz wurden sie plötzlich, wie man vermutet aus einem Fenster, beschossen. Zwei junge Leute wurden schwer getroffen und mußten ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Zustand des einen Verletzten ist sehr bedenklich. Etwa um die gleiche Zeit kam es vor einem nationalsozialistischen Parteilokal in der Kramerstraße gleichfalls zu einer Schlägerei zwischen extremen Parteianhängern, wobei eine Person schwer verletzt wurde.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310212/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG